



21.12.2016

---

# **Vernehmlassungsbericht zur Genehmigung des Klimaübereinkommens von Paris**

## **Auswertung der Vernehmlassung**

---

## 1 Ausgangslage (Inhalt der Vorlage)

An der 21. Konferenz der Vertragsparteien zur UNO-Klimakonvention (*United Nations Framework Convention on Climate Change, UNCCC*), die im Dezember 2015 in Paris stattfand, beschloss die Staatengemeinschaft ein neues Klimaabkommen für die Zeit nach 2020.

Das Übereinkommen von Paris markiert einen Meilenstein in der Entwicklung der internationalen Umwelt- und Klimapolitik, weil die starre Zweiteilung der Staatengemeinschaft in Industrie- und Entwicklungsländer in der Klimakonvention und im Kyoto-Protokoll weitgehend aufgehoben wird. Erstmals sind alle Staaten zu konkreten Massnahmen zur Reduktion der Treibhausgase verpflichtet, wobei sie ihre Ziele entsprechend ihren individuellen Voraussetzungen selber festlegen dürfen. Das Übereinkommen von Paris schafft einen rechtlich verbindlichen Rahmen und enthält dynamische Elemente zur Erhöhung der Reduktionsleistungen.

Im Vorfeld zur Klimakonferenz in Paris waren alle Staaten angehalten, ihre Absichten zur Reduktion der Treibhausgase (*Intended Nationally Determined Contributions, INDC*) für die Zeit nach 2020 einzureichen. 190 Länder sind dieser Aufforderung nachgekommen und haben ihre Reduktionsabsichten bekannt gegeben. Werden diese Ziele konsequent umgesetzt, erwärmt sich das globale Klima gemäss Modellrechnungen bis ins Jahr 2100 um ca. 2,7 Grad Celsius. Die kritische Schwelle, ab welcher eine gefährliche Störung des Klimasystems wahrscheinlich eintritt, wird damit deutlich verfehlt.

Das Übereinkommen von Paris liegt seit 22. April 2016 in New York zur Unterzeichnung auf. Inzwischen haben es mehr als 115 Länder bereits ratifiziert und das Übereinkommen ist seit dem 4. November 2016 in Kraft. An der letzten Klimakonferenz in Marrakesch hat bereits die erste Vertragsparteienkonferenz<sup>1</sup> zum Übereinkommen von Paris (*Conference of the Parties serving as the Meeting of the Parties to the Paris Agreement, CMA*) begonnen.

Mit der Zustimmung des Parlaments und der Ratifikation des Übereinkommens von Paris wird für die Schweiz das am 27. Februar 2015 beim UNO-Klimasekretariat eingereichte vorläufige Emissionsreduktionsziel (*Intended Nationally Determined Contribution, INDC*), bis 2030 die Treibhausgasemissionen um 50 Prozent gegenüber 1990 zu senken und dabei teilweise ausländische Emissionsreduktionen anzurechnen, ohne anderweitige Eingabe definitiv. Dieses gilt dann als nationales Reduktionsziel bis 2030 (*Nationally Determined Contribution, NDC*). Die Zielerreichung ist international nicht rechtlich verbindlich. Verbindlich ist jedoch die Ergreifung von inländischen Massnahmen zur Erreichung des Ziels.

Mit der Genehmigung des Übereinkommens von Paris wird die Schweiz rechtlich verpflichtet, alle fünf Jahre ein Emissionsreduktionsziel einzureichen, welches jeweils ambitionierter als das vorangehende ist und entsprechende Massnahmen zur Umsetzung des Übereinkommens zu ergreifen. Sie wird wie bereits unter der Klimakonvention weiterhin über die Entwicklung der Treibhausgasemissionen, die geplanten Reduktionsmassnahmen sowie die Beiträge für die internationale Klimafinanzierung Bericht erstatten. Das Übereinkommen von Paris und die unter dem Übereinkommen eingereichten Emissionsreduktionsziele werden in der nationalen CO<sub>2</sub>-Gesetzgebung umgesetzt. Dafür ist eine Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes vom 23. Dezember 2013 (SR 641.71) vorgesehen, insbesondere um die Ziele und Massnahmen nach 2020 zu verankern. In Bezug auf die Anpassung an den Klimawandel hat die Schweiz bereits heute die internationalen Verpflichtungen weitgehend umgesetzt. Um einen angemessenen Beitrag an die gemeinsame Verpflichtung der Länder im Bereich Klimafinanzierung zu leisten, wird die Schweiz die von ihr mobilisierten Mittel aus öffentlichen und privaten Quellen erhöhen müssen.

## 2 Vernehmlassungsverfahren

Die Genehmigung des Übereinkommens von Paris wurde im Rahmen der Vernehmlassungsvorlage „Klimapolitik der Schweiz“ zusammen mit den thematisch eng verknüpften Vorlagen zum bilateralen Abkommen mit der EU über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme und zur Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes für die Zeit nach 2020 zur Diskussion gestellt. Die Vernehmlassung dauerte vom 31. August bis zum 30. November 2016. Einige Adressaten haben eine Fristverlängerung beantragt. Alle bis zum 7. Dezember 2016 eingegangenen Stellungnahmen wurden im vorliegenden Vernehmlassungsbericht berücksichtigt. Der vorliegende Bericht umfasst lediglich die für die Genehmigung des

---

<sup>1</sup> Die Vertragsparteienkonferenz setzt sich aus den Ländern zusammen, welche das Übereinkommen von Paris ratifiziert haben.

Übereinkommens von Paris relevanten Rückmeldungen aus den Stellungnahmen. Zu den Stellungnahmen betreffend die Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes und zum bilateralen Abkommen mit der EU über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme wird ein separater Vernehmlassungsbericht erstellt. Da das Übereinkommen von Paris nur integral angenommen oder abgelehnt werden kann, konnte zu den einzelnen Artikeln nicht differenziert Stellung genommen werden. Im vorliegenden Bericht konnten angesichts der grossen Anzahl der Vernehmlassungsteilnehmenden (nachfolgend „Teilnehmende“) in der Auswertung nur die häufigsten und wichtigsten Punkte reflektiert werden. Im Interesse der Übersichtlichkeit wurde im vorliegenden Bericht darauf verzichtet, alle Argumentationen und Begründungen einzeln wiederzugeben.

### 3 Übersicht über die eingegangenen Stellungnahmen

	Eingeladen	Eingegangene Stellungnahmen
Kantone und Gemeinden	26	24
Konferenzen, Kommissionen, Gemeindeverbände	15	10
Politische Parteien	13	9
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	17	39
Energiewirtschaft und energiepolitische Organisationen	32	37
Organisationen des privaten und öffentlichen Verkehrs	14	10
Umweltschutzorganisationen	5	21
Sonstige Organisationen und Verbände	33	33
Private Personen und Firmen	-	63
<b>Total</b>	<b>155</b>	<b>246</b>

### 4 Zusammenfassung der Ergebnisse

Für die Genehmigung des Klimaübereinkommens von Paris sind die folgenden zwei Fragen aus dem Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage bedeutend (Anhang zum erläuternden Bericht): *Soll die Schweiz das Übereinkommen von Paris ratifizieren?* (Frage 2) *Sind Sie mit dem Gesamtziel<sup>2</sup> und mit dem Durchschnittsziel<sup>3</sup> der Schweiz einverstanden?* (Frage 3). Die eingegangenen Stellungnahmen zu den anderen zwei Vorlagen werden nach deren Auswertung im entsprechenden Vernehmlassungsbericht wiedergegeben.

#### 4.1 Ratifikation des Übereinkommens von Paris durch die Schweiz

Bezüglich der Frage der Ratifizierung des Übereinkommens von Paris durch die Schweiz zeichnen die eingegangenen Stellungnahmen ein sehr klares Bild: fast 95 Prozent der Teilnehmenden sprachen sich in den Stellungnahmen für eine Ratifikation aus. Als Gründe wurden die Position und Rolle der Schweiz, die Effektivität des Übereinkommens zur Bekämpfung des Klimawandels sowie die positiven Effekte auf die schweizerische Wirtschaft genannt. Vor allem in den Stellungnahmen vieler Umweltorganisationen (z.B. *Umweltallianz*), zahlreicher Kantone (z.B. *Kantone Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrho-*

<sup>2</sup> Verminderung der Treibhausgasemissionen um 50 Prozent bis 2030 gegenüber 1990.

<sup>3</sup> Verminderung der Treibhausgasemissionen um 35 Prozent im Durchschnitt der Jahre 2021 bis 2030 gegenüber 1990.

den, Glarus, Graubünden, Zürich, Zug), von Wirtschaftsverbänden und energiepolitischen Organisationen (z.B. *SES, Swissmem, Travail.Suisse*) sowie von einigen politischen Parteien (z.B. *CVP, Junge Grüne, SP*) ging deutlich hervor, dass eine schnelle Ratifikation nötig sei, damit die Schweiz als Vertragspartei an der Ausarbeitung der Detailregelungen mitwirken könne. Als weitere Gründe wurde die Wichtigkeit einer Ratifikation für die Position der Schweiz in der internationalen Diplomatie, für die Handelsbeziehungen, aber auch für das Image der Schweiz genannt. Einige Kantone haben zudem auf die spezifischen Risiken des Klimawandels hingewiesen, welchen die Schweiz aufgrund ihrer geographischen Lage ausgesetzt ist und entsprechend die Bedeutung einer Ratifikation der Schweiz hervorgehoben. Aus der Sicht eines Grossteils der Teilnehmenden ist das Übereinkommen von Paris ein wichtiges und effizientes Instrument für die Reduktion der Treibhausgase und ein wichtiger Schritt in der globalen Bekämpfung des Klimawandels. Oft betont wurde zudem die Wichtigkeit einer internationalen Lösung für die Problematik des Klimawandels. Positiv zu werten sei, dass das Übereinkommen von Paris eine Verschiebung der Finanzflüsse in Richtung nachhaltige und emissionsarme Entwicklung vorsehe. Einige Kommentare heben hervor, dass eine schnelle Wende zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft begünstigend sei für Wirtschaft und Gesellschaft. Zudem wird das Übereinkommen von Paris auch explizit als eine Chance wahrgenommen, um die Kosten des Nichthandelns zu vermeiden. Vereinzelt wurde zudem auf die Bedeutung des Übereinkommens für die Entwicklungsländer hingewiesen und auf die Verantwortung, die die Schweiz aufgrund der vergangenen und aktuellen Emissionen hat, das Übereinkommen zu unterzeichnen.

Die wenigen ablehnenden Stimmen (z.B. *SVP, Swissoil, IKLIS*) haben vor allem damit argumentiert, dass die Schweiz im internationalen Vergleich nicht viele CO<sub>2</sub>-Emissionen generiere, die Emissionsreduktionsziele zu hoch seien. Damit würden die Wettbewerbsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum der Schweiz gefährdet.

#### **4.2 Das Schweizer Gesamt- und Durchschnittsziel für die Emissionsreduktion bis 2030**

Die Rückmeldungen auf die zweite Frage, welche sich auf das Gesamt- und das Durchschnittsziel der Schweiz bezieht, sind kontroverser. Die Auswertung des Fragebogens ergibt, dass etwas mehr als die Hälfte der Teilnehmenden, davon viele Parteien (z.B. *BDP, CVP, FDP, glp*) und Kantone (z.B. Kantone *Aargau, Graubünden, Luzern, Tessin, Zug*), mit dem Gesamtziel grundsätzlich einverstanden sind. Viele haben dafür keine Begründung angegeben. Geäusserte Gründe waren, dass die Ziele eine Chance für die Schweizer Wirtschaft darstellen, die Verantwortung der Schweiz als Industrieland mit nicht zu vernachlässigenden Emissionen widerspiegeln würden und sowohl realistisch wie auch realisierbar seien. Es wurde auch genannt, dass die Ziele zwar zu unterstützen seien, es aber wichtig sei, die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft sicherzustellen. Unter jenen, die mit den Zielen grundsätzlich einverstanden sind, gab es aber auch kritische Stimmen, welche vor allem die Festlegung des In- / Auslandanteils (z.B. *economiesuisse, EV, FDP, SGV*) sowie das Durchschnittsziel (z.B. *CVP, Kantone Fribourg und Aargau*) betreffen. In einigen Stellungnahmen wurde trotz Unterstützung der Ziele angemerkt, diese seien zu erhöhen (z.B. *Swisscleantech, Kanton Genf, glp*).

Die Gründe, weshalb etwas weniger als die Hälfte der Teilnehmenden die Ziele ablehnen, sind sehr unterschiedlich. Ein Grossteil der Umwelt- und energiepolitischen Organisationen (z.B. *Klimaallianz, WWF, Helvetas, SES, Swissolar*) lehnen die Ziele ab und fordern sowohl ein höheres Gesamtziel als auch höhere Inland- und Auslandsziele. Auch unter den Stellungnahmen von Wirtschaftsdachverbänden (z.B. *Travail.Suisse*), politischen Parteien (z.B. *Junge Grüne, SP*) sowie Kantonen und Gemeinden (z.B. Kanton *Schaffhausen, die Städte Zürich und Genf*) gab es eine bedeutende Anzahl, welche die vorgeschlagenen Ziele aufgrund ungenügender Ambition ablehnen und höhere Ziele fordern. Dabei wurde oft darauf hingewiesen, dass die Ziele nicht genügend hoch seien, um die Temperaturerwärmung auf unter 1.5 Celsius Grad zu halten, und daher nicht im Einklang stünden mit den Zielen des Übereinkommens von Paris. Als weiterer Grund für die Ablehnung der Ziele wurde zudem genannt, dass ungenügende Reduktionsziele höhere Kosten für Emissionsreduktionsmassnahmen nach 2030 zur Folge haben würden.

In anderen Stellungnahmen hingegen wurden die Ziele abgelehnt (z.B. *SVP, Kantone Basel-Landschaft und Zürich, Swissoil*). Gründe sind, dass diese als zu ambitiös betrachtet werden, die Zeit für dessen

Umsetzung zu kurz und eine Zielerreichung unrealistisch sei. Vereinzelt wurde gefordert, das Gesamtziel der Schweiz an dasjenige der Europäischen Union<sup>4</sup> anzupassen.

In einigen Stellungnahmen wurde zudem verlangt, die Sektorziele auf Kosten des Gesamtziels zu streichen. Die Festlegung eines Durchschnittsziels für die Jahre 2021 bis 2030 wird von einer leichten Mehrheit mit den Argumenten befürwortet, ein Durchschnittsziel sei sinnvoll, um jährliche Schwankungen auszugleichen, die Bedeutung eines stetigen Absenkpfeils zu unterstreichen und um das zentrale Konzept des CO<sub>2</sub>-Budgets zu etablieren (z.B. *SGV, Swissem, SES, WWF, Swissteclintech, SP*). Die Gegner hingegen empfinden ein Durchschnittsziel als wenig aussagekräftig, da Absenkpfade nicht linear erfolgen, die Verschärfung von Massnahmen verzögert Wirkung zeigen würde und Durchschnittsziele eine flexible Anrechnung von Massnahmen erschweren könnten (z.B. *FDP, Kanton Aargau*).

---

<sup>4</sup> Reduktion um 40% bis 2030 gegenüber 1990, ohne Verwendung internationaler Marktmechanismen.

## 5 Anhang

### Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden:

Aargauischer Waldwirtschaftsverband  
Aeugst am Albis  
AG Berggebiet Solidaritätsfond Luzerner Bergbevölkerung  
AG Ziegelwerke Muri  
Agentur für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (AEE)  
AGZ Ziegeleien AG  
Akademien der Wissenschaften Schweiz  
Alliance Sud  
Aluminium-Verband Schweiz  
Aqua Nostra Schweiz  
Association Transports et Environnement (ATE)  
Associazione consumatrici e consumatori della Svizzera (ACSI)  
Autogewerbe Verband Schweiz (AGVS)  
auto-schweiz  
BASF Schweiz AG  
Bauenschweiz – Dachorganisation der Schweizerischen Bauwirtschaft  
Bell AG  
Bildungscoalition NGO  
Bio Suisse  
Biofuels – Verband der Schweizerischen Biotreibstoffindustrie  
Biomasse Schweiz  
BirdLife Schweiz  
Bürgerlich Demokratische Partei BDP  
Business Campaigning GmbH  
Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino  
Cemsuisse – Verband der schweizerischen Cementindustrie (Cemsuisse)  
Centre Patronal  
Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève  
Chambre neuchâteloise du commerce de l'industrie (CNCI)  
Chancellerie d'Etat du Canton de Fribourg  
Chancellerie d'Etat du Canton de Genève  
Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel  
Chancellerie d'Etat du Canton du Jura  
Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)  
Christlichsoziale Volkspartei Oberwallis  
Cleantech Agentur Schweiz act  
Climat Genève  
Coalition Environnement et Santé pour un transport Aérien Responsable (CESAR)  
Coop  
Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz (DOJ)  
Dominique Bucheli  
Dottikon Exclusive Synthesis AG  
DSV Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber  
Eco Suisse Group AG  
ECO SWISS  
economiesuisse – Verband der Schweizer Unternehmen  
Education 21 – Bildung für nachhaltige Entwicklung  
Eidgenössische Elektrizitätskommission (EICOM)  
Emmi Schweiz AG  
EMS-CHEMIE AG  
Energie 360° AG

ENERGIE SEELAND AG  
Energie Thun AG  
Energie Wasser Bern  
Energie Zukunft Schweiz  
Energie Zürichsee Linth AG  
Energieforum Schweiz  
Energy Center ETH  
Entwicklung Schweiz  
Erdgas Innerschwyz AG  
Erdöl-Vereinigung EV  
Espace Real Estate AG  
ewl energie wasser luzern  
Fachvereinigung Wärmepumpen Schweiz  
Faktor-Plus KI GmbH  
FASTENOPFER  
FDP. Die Liberalen.  
Fédération des Entreprises Romandes  
Fédération Romande des Consommateurs (FRC)  
Fédération romande immobilière  
Fenaco Genossenschaft  
First Climate Group  
Flughafen Zürich AG  
Flühli Sörenberg  
Flumroc AG  
Forum PME  
Fossil-free  
Fromarte  
Gasverbund Mittelland AG  
GAZNAT SA  
General Electric (Switzerland) GmbH  
Genève aéroport  
Genossenschaft Ökostrom Schweiz  
Gerhard Stehlik  
Grands-parents pour le climat  
Greenpeace Schweiz  
Groupe E  
Grünliberale Partei (glp)  
Gruppe der Schweizerischen Gebäude Industrie (GSGI)  
Handelskammer beider Basel  
Hauseigentümerverband Schweiz (HEV)  
Helvetas Swiss Intercooperation  
Hergiswiler Glas AG  
Hermes Investment Management  
Holzbau Schweiz  
Holzenergie Schweiz  
Holzindustrie Schweiz  
Hotelleriesuisse  
hotelleriesuisse Graubünden  
IB Langenthal AG  
IBAAarau AG  
IBB Energie AG  
ibk Industrielle Betriebe Kloten AG  
Infrapark Baselland AG  
InfraWatt  
Initiative des Alpes  
Initiative gegen den Klima-Swindel (IKLIS)

Interessengemeinschaft Energieintensive Branchen (IGEB)  
Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz (IG DHS)  
Isolsuisse  
IWB Industrielle Werke Basel  
JardinSuisse Unternehmensverband Gärtner Schweiz  
Jean-Pierre Budliger  
Junge Grüne Schweiz  
Jungfreisinnige Schweiz  
Kalkfabrik Netstal AG (KFN)  
Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden  
Keller AG Ziegeleien  
Kimberly-Clark GmbH  
Klimaallianz Schweiz  
KlimaSeniorinnen Schweiz  
Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen  
Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft  
Lignum - Holzwirtschaft Schweiz  
Lonza AG  
Metall Service Menziken AG  
Metoxit AG  
Michelle de Rougemont  
Migros  
my blue planet  
myclimate  
Netzwerk Kinderrechte Schweiz  
Nongovernmental International Panel on Climate Change  
oeku Kirche und Umwelt  
ökozentrum  
Parahotellerie Schweiz  
Philippe Thalmann  
Pro Natura  
Pro Velo Schweiz  
Prométerre  
Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden  
Regierungskonferenz der Gebirgskantone  
Regio Energie Solothurn  
regioGrid  
Roman Bolliger  
Rudolf Schmid AG  
Saphirwerk AG  
SBB AG  
Schweiz.-Liechtensteinischer Gebäudetechnikverband (suissetec)  
Schweizer Milchproduzenten SMP / Swissmilk  
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete  
Schweizerische Bankiervereinigung (SBV)  
Schweizerische Energie-Stiftung (SES)  
Schweizerische Greina-Stiftung (SGS)  
Schweizerische Volkspartei (SVP)  
Schweizerischer Bauernverband (SBV)  
Schweizerischer Baumeisterverband (SBV)  
Schweizerischer Fachverband für Sonnenenergie (Swissolar)  
Schweizerischer Fachverband für Wärmekraftkopplung  
Schweizerischer Gemeindeverband  
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)  
Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)  
Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein (SIA)



Schweizerischer Katholischer Frauenbund (SKF)  
Schweizerischer Mieter- und Mieterinnenverband (SMV)  
Schweizerischer Pensionskassenverband (ASIP)  
Schweizerischer Städteverband  
Schweizerischer Verein des Gas- und Wasserfaches (SVGW)  
Schweizerischer Vereinigung für Geothermie (SVG)  
Scienceindustries  
Seilbahn Schweiz  
Services Industriels de Genève  
Solar Agentur Schweiz  
South pole group  
Sozialdemokratische Partei (SP)  
Staatskanzlei des Kantons Aargau  
Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt  
Staatskanzlei des Kantons Glarus  
Staatskanzlei des Kantons Graubünden  
Staatskanzlei des Kantons Nidwalden  
Staatskanzlei des Kantons Obwalden  
Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen  
Staatskanzlei des Kantons Schwyz  
Staatskanzlei des Kantons Solothurn  
Staatskanzlei des Kantons Thurgau  
Staatskanzlei des Kantons Zug  
Staatskanzlei des Kantons Zürich  
Stadt Solothurn  
Stadt Zürich  
Standeskanzlei des Kantons Uri  
Stiftung Klimaschutz und CO<sub>2</sub>-Kompensation (Klik)  
Stiftung Praktischer Umweltschutz (Pusch)  
Stiftung TRIGON  
strassenschweiz - Verband des Strassenverkehrs (FRS)  
StWZ Energie AG  
Swiss Beef  
Swiss cleantech Association  
Swiss Electricity  
Swiss Engineering (STV)  
Swiss International Air Lines Ltd.  
Swiss International Airport Association (SIAA)  
Swiss Krono AG  
Swiss Steel AG  
Swiss Sustainable Finance  
Swiss textiles  
Swissaid  
Swisselectric  
SwissFarmerPower Inwil AG  
Swissmem  
Swissoil  
Swisspower Netzwerk AG  
SWL ENERGIE AG  
Syngenta Crop Protection AG  
Technische Betriebe Uzwil  
Thomas Eiche GmbH  
Toni W. Püntener  
Touring Club Schweiz (TCS)  
Trägerverein Energiestadt  
Travail.Suisse

Umweltallianz  
Umweltfreisinnige St.Gallen (UFS)  
Union suisse des professionnels de l'immobilier (uspi)  
Valorec Services AG  
Verband Aargauischer Stromversorger  
Verband der Bürgergemeinden und Korporationen  
Verband der Schweizerischen Gasindustrie VSG  
Verband der Schweizerischen Lack- und Farbenindustrie  
Verband Effiziente Energie Erzeugung (V3E)  
Verband Fernwärme Schweiz  
Verband historischer Eisenbahnen Schweiz (HECH)  
Verband Schweizer Gemüseproduzenten (VSGP)  
Verband Schweizerische Ziegelindustrie (VSZ Swissbrick)  
Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE)  
Verein Clean Fuel Now  
Verein Senke Schweizer Holz  
Vereinigung der Schweizerischen Milchindustrie (VMI)  
Ville de Lausanne  
Wald Schweiz  
Walliser Bergbahnen WBB c/o APROA AG  
Werke am Zürichsee AG  
Wettbewerbskommission (Weko)  
WWF Schweiz  
Wynagas AG  
Ziegeleien Freiburg & Lausanne AG  
Ziegelwerke Roggwil AG  
ZZ Wancor AG